

Der Controlling-Bericht zum 31.12.2019 wird aufgrund der Sitzungstermine direkt dem Rat mitgeteilt, da die nächste Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses erst am 12.05.2020 stattfindet. Hier wird dann im normalen Rhythmus der Bericht für das 1. Quartal 2020 vorgestellt.

Im Gesamtergebnis wird zum jetzigen Zeitpunkt mit einer Verschlechterung von rund 177 T € gegenüber der originären Planung 2019 gerechnet. Demnach wird das Haushaltjahr 2019 voraussichtlich mit einem Defizit von 2 Mio. € abschließen.

Das geplante Jahressoll der Gewerbesteuer von 16 Mio. € wird durch die derzeitige Veranlagung in Höhe von 24,7 Mio. € um 8,7 Mio. € überschritten. Dieses Gewerbesteueraufkommen resultiert überwiegend aus einem Einmaleffekt einer Nachveranlagung für zurückliegende Jahre in Höhe von 7,639 Mio. €. Hinzu kommen Nachforderungszinsen in Höhe von 1,94 Mio. € (unter Pos. 7 sonstige ordentliche Erträge). Zum jetzigen Zeitpunkt ist es jedoch ungewiss, ob diese Forderungen bestehen bleiben werden, weil der Steuerpflichtige Einspruch beim Finanzamt erhoben hat. Aus diesem Grund wird unter der Position 16 Sonstige ordentliche Aufwendungen eine 80 %ige Rückstellung (=7,689 Mio. €) eingeplant, die in die Bilanz 2019 einfließen wird. Gleichzeitig ist eine Rückstellung für Erstattungszinsen einer möglichen Rückzahlung der Gewerbesteuer einkalkuliert (= 1,099 Mio. €).

Es können sich Änderungen aufgrund verschiedener Einflussfaktoren ergeben, so dass es sich bei der hier angenommenen Abbildung des Sachverhaltes, um eine vorsichtig eingeschätzte Momentaufnahme handelt.

Insgesamt steigen die ordentlichen Erträge gegenüber der Planung 2019 von rund 59,5 Mio. € auf 69,9 Mio. €.

Die ordentlichen Aufwendungen werden voraussichtlich 10,8 Mio. € über dem geplanten Ansatz von 61,3 Mio. € liegen. Neben der Rückstellung für die Gewerbesteuer und den Erstattungszinsen (8,789 Mio. €), steigt im Bereich der Transferaufwendungen die Gewerbesteuerumlage und der Fonds Deutsche Einheit um 1,15 Mio. € gegenüber der originären Planung. Des Weiteren ist eine Rückstellung für die zu erwartende höhere Kreisumlage in den Folgejahren in Höhe von 2,3 Mio. € berücksichtigt, die ebenfalls in die Bilanz 2019 einfließen wird.

Die Personalaufwendungen werden aufgrund verzögerter Stellennachbesetzungen um 611 T € sinken, wohingegen die Versorgungsaufwendungen durch eine höhere Umlage an die Rheinische Versorgungskasse 137 T € über dem geplanten Ansatz liegen werden. Im Bereich der Asylleistungen wird der Ansatz um 243 T € unterschritten.

#### **Hinweis:**

- **Ergebnis 2018:** Der Jahresabschluss 2018 ist fertiggestellt und der Prüfbericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Rödl & Partner liegt vor. Das Haushaltsjahr 2018 schließt mit einem Defizit von knapp 1,7 Mio. € ab. Damit sinkt das Eigen-

kapital der Hansestadt Wipperfürth von 16,99 Mio. € auf 14,96 Mio. €.

- **Ergebnis 2019:** Durch die laufenden Jahresabschlussarbeiten insbesondere der noch ausstehenden Nachkalkulationen im Bereich des gemeinsamen Bauhofes und der Gebührenhaushalte, sowie der Arbeiten der Anlagenbuchhaltung insbesondere der Einarbeitung der Inventur 2018 (v.a. Straßenzustandserfassung), kann sich das voraussichtliche Jahresergebnis verändern.